

Gegen die Lüge der allgemeinen Wahlen: Demokratie ist die Herrschaftsform der Reichen und Eliten! Parlamente, Regierungen und BürgermeisterInnen nur noch für die, die sie auch wählen!

Für Freiheit und Selbstbestimmung! Selbstverwaltung der Wohnviertel sofort!

Am 7. September lief in Gießen der erste Durchgang der Bürgermeister-Wahl über die Bühne. Die Wahlberichterstattung stellte wie üblich die Prozentzahlen der KandidatInnen in den Vordergrund. Erwartungsgemäß lagen die Vertreter der großen Parteien vorne – und damit auch beide Männer. Politik ist damit die Verwirklichung des Erwarteten, des Normalen. Die Diskussionen im Vorfeld haben keinen Einfluß auf das Abstimmungsergebnis, sie sind der Nebel, der für die Wählenden den Schein erzeugen soll, dass eine Wahl zwischen Alternativen besteht. Wahlen sind die Akzeptanzbeschaffung für ein Herrschaftssystem, in dem tatsächlich die meisten Menschen nichts zu sagen haben. Dafür müssen die Wahlen nach allen Regeln der Kunst zelebriert werden – Brot und Spiele für die, die nicht merken sollen, dass sie nichts zu sagen haben.

Noch am Wahlabend saß der Schock über die Wahlbeteiligung tief. Immerhin hatten PolitikerInnen und Medien mal etwas anderes wahrgenommen als nur die Ergebnisse der Sieger. Doch ihre Interpretation dient wiederum nur der Akzeptanzbeschaffung. Die Sorge um die „wahlmüden“ Menschen dient der Vorbereitung noch umfangreicher PR-Shows und Demokratiewerbung. Dabei ist das Gegenteil sinnvoller: Das Wahlergebnis vom 7. September zeigt (wie andere Wahlen auch) ein noch viel grausameres Bild der Realität politischer Beteiligung.

1. Die Wahlbeteiligung lag bei 33,8 Prozent, d.h. nur ca. ein Drittel der Wahlberechtigten stützen überhaupt die Idee, regiert zu werden.
2. Diese Wahlbeteiligungshöhe ist noch geschönt. Ca. 2,5 % wählten ungültig, d.h. deutlich unter einem Drittel will eineN BürgermeisterIn. Zudem sind von ca. 73.200 EinwohnerInnen in Gießen (plus nicht mit 1. Wohnsitz gemeldete!) von 52.575 Personen überhaupt wahlberechtigt. Rechnet mensch das ein, ergibt sich folgende Rechnung: Von 73.200 EinwohnerInnen wollten 17.317 eineN BürgermeisterIn, d.h. knapp 23,7%! Und die beiden Kandidaten, die nun nur noch zur Auswahl stehen, wollten nur 15.644 Menschen, also knapp 21,4%.

3. In den Ortsteilen von Gießen liegt die Wahlbeteiligung deutlich höher, d.h. im Kerngebiet der Stadt sind es deutlich unter ein Fünftel der Menschen, die eineN BürgermeisterIn wollen.

4. Innerhalb dieses etwas mehr als ein Fünftel der gemeldeten EinwohnerInnen in Gießen gibt es dramatische Unterschiede in der Wahlbeteiligung nach sozialen Schichten. Das ist gut erkennbar an den sehr unterschiedlichen Wahlbeteiligungen in reichen und privilegierten Wohngebieten und in solchen mit sozialen Brennpunkten. Beispiele: In mehreren Wahlkreisen der Südstadt sowie den Einfamilienhaussiedlungen im Norden, im Sandfeld usw. sind Wahlbeteiligungen über 30 Prozent häufig (was für die Kernstadtbezirke viel ist!), während in den sozialen Brennpunkten Wahlbeteiligungen von unter 20 Prozent üblich sind. Spitzenreiter sind die Nordstadt mit 13,10 bzw. 14,70%

Aus all dem folgern wir:

- Wahlen und Abstimmungen sind Angelegenheit von Minderheiten. Dennoch werden alle Menschen dem Ergebnis und der Politik der Regierenden unterworfen.
- Wahlen und Abstimmungen sind vor allem Sache der Reichen und Privilegierten. Was sie entscheiden, müssen aber alle akzeptieren und sich unterwerfen.
- Zudem sind Wahlen keine tatsächliche Mitbestimmung, denn über Stadtplanung, Alltagsgestaltung, Personalfragen, Verordnungen, Finanzhaushalt, Wohnumfeld, Bildung und Arbeit wird nicht abgestimmt.

Und daher fordern wir:

- Die Politik der Stadtregierung soll zukünftig nur noch für die gelten, die sie auch wählen.
- Auflösung aller Behörden, deren Funktion die Kontrolle und Normierung von Leben ist: Ausländerbehörde, Arbeitsamt, Sozialbehörde, Standesamt, Ordnungsamt, Polizei usw.
- Selbstverwaltungsrecht und Zugang zu allen Ressourcen für alle Wohnviertel! Menschen brauchen keine Kontrolle!

**Lust und Laune statt Law and Order!
Selbstbestimmung statt demokratischer Herrschaft!**

Wahlbeteiligung und der Eulenkopf mit 16,70% – das gerechnet auf die Wahlberechtigten. Von den insgesamt dort Wohnenden dürfte es im einstelligen Bereich liegen.

**Die Reichen und Privilegierten wählen
ihre Regierung!
Der Rest muß sich fügen!**

Die Rückseite

++ Ein konkretes Beispiel (rechts)

++ Rückblick UtopieCamp

Das etwas andere Camp

Utopie-Camp in Giessen zwischen Staatsmacht & visionären Ausblicken

Im Frühjahr 2003 entstand die Idee, inmitten von Gießen eine Art „Gegenstadt“ aufzubauen – ohne CheffInnen, kooperatives Miteinander vieler bunter Bausteine, offensives Einbinden der Menschen am Platz, in den Wohnungen drumherum. Aber auch aktiv, widerständig gegen die Law-and-Order-Politik der Stadt. In der Vorbereitungsphase entstanden viele Ideen vom Umsonstladen und -essen, einem Umsonst-Frisörsalon und der offenen Bühne, Infozelten und Direct-Action-Plattform, Filmnacht und Kinder-Chaos„zone“ ... und viel, viel mehr. Leider mußten wir feststellen, daß viele politische Gruppen, deren Arbeitsstil mehr an „Normalitäten“ wie Gremienarbeit oder Demos angelehnt ist, Stück für Stück ausstiegen oder nie richtig dazukamen trotz formulierten Interesses. Ganz überraschend kam das nicht: Utopien sind nicht etwas für „die anderen“, sondern kreative, visionäre Politik fehlt gerade in „linken“ Zusammenhängen.

Das Camp führte zu einem abenteuerlichen Tauziehen mit der Staatsmacht. Nach langem Hinhalten hagelte es kurz vor Beginn ein schmuckes Verbot seitens des Ordnungsamtes, an dem die politische Führung in Gießen sicher nicht unbeteiligt war (www.de.indymedia.org/2003/08/60207.shtml). Trotz Verbot und Mega-Polizeiaufgebot für eine überschaubare Anzahl UtopiecamperInnen wurde einfach losgelegt (Die ersten Tage: www.de.indymedia.org/2003/08/60391.shtml) Skurile Pavillon-Umzüge tags und nachts, Workshops in der FußgängerInnenzone, jeden Tag um 19 Uhr Umsonstessen am Rand des Kirchenplatzes, durchgeknallte Polizei-Angriffe, Antiwahlaktionen und eine NachtTanzDemo prägten die nächsten Tage. An einem Tag konnte am Marktplatz sogar den ganzen Tag über ein Teil des UtopieCamps stehen, weil die PassantInnen offensiv zur Unterstützung gegen die Staatsmacht aufgerufen wurden und selbige dann die Räumung nicht mehr wagte. So gab es einen sehr schönen Tag mit vielen Kontakten zu Menschen rund um den Umsonstladen, Frisörsalon und mehr. So gingen die ersten Tage herum, bis – unglaublich – am vierten Tag ein Verwaltungsgerichtsurteil das Verbot einfach aufhob und das UtopieCamp in begrenztem Umfang stattfinden durfte. (Aufhebung des Verbots und weitere Berichte: www.de.indymedia.org/2003/08/60509.shtml)!

Um 0 Uhr am Sonntag wurde die Fläche dann „erobert“. Bis dahin hatten Polizeiwanen den Kirchenplatz rund um die Uhr bewacht – und auch sonst patrouillierte ein unglaubliches Aufgebot an Sicherheitskräften durch die Stadt.



Das machte das Bild besonders krass – um kurz vor Mitternacht rückte die Staatsstreitmacht ab und ein buntes Leben begann auf dem Platz. So sah es auch den Sonntag über aus. Doch das Ordnungsamt und die Polit-Eliten blieben am Ball: Am 01.09 folgte eine erneute Räumung (www.de.indymedia.org/2003/09/60698.shtml). Die Polizei baute ein Zelt ab und räumte den Umsonstladen und das gerade gekochte Essen komplett ab – Gemüse, Klamotten, Kochtöpfe ... alles verschwand im großen LKW. Ein zweiter Zug vor's Verwaltungsgericht führte aber zur erneuten Aufhebung der Räumung und der Legalisierung von Umsonst-Laden, -Essen, Lernort. Die Stadt trickste zwar herum, in dem sie nun behauptete, nicht zu wissen, wo der ganze Kram sei – aber am nächsten Morgen sorgte doch ein Besuch beim Fuhramt für Aufklärung. So brachen dann bei gutem Wetter noch zwei schöne Tage an und sehr, sehr deutlich präsentierte sich der Unterschied zwischen Bullenstadt und Utopie-Camp. Rundherum gab es einige direkte Aktionen, manchmal auch die eine oder andere Verhaftung, bis alles zuende war und kurz vor Mitternacht am Mittwoch in einer sehr bewegenden Verabschiedung von einigen AnwohnerInnen und BerberInnen Zelte, Kochutensilien usw. abgefahren wurden (www.de.indymedia.org/2003/09/60895.shtml).

Intensivere Berichte und viele Fotos über www.abwehr-der-ordnung.de.vu. Direkter Kontakt über die Projektwerkstatt, 06401/903283.



Foto oben: Das Camp, als es durfte.

Links: Polizei zerstört das

Camp.



Unten: Abgesperrte Sitzbereiche wieder geöffnet (Löberhof).

Braucht gießen eine Mall?
Alles Gute kommt "von oben"?

Flächenfreigabe statt Betonklötze!

Seit einigen Monaten füllt ein geplantes Mega-Projekt die Seiten der Giessener Zeitungen und die Köpfe vieler Menschen, die sich nichts Gutes von der Mall erwarten. Die Rosco-Unternehmensgruppe plant, an Neustädter Tor eine Einkaufsgalerie in die Welt zu setzen. Dagegen spricht vieles, z.B. die ökologische Seite: Die Mall schafft noch mehr Verkehr, mehr Lärm und flächendeckende Neuversiegelung, denn Grünflächen innerhalb des Ganzen sind nicht geplant oder nur schönes Feigenblatt.

Sozialpolitisch betrachtet ist das Projekt ebenso fragwürdig: Selbst der öffentliche Raum in Gießen ist durch Überwachung und Kontrolle arg eingeschränkt: Eine Rundumkamera erfasst weit mehr als den Marktplatz, Polizei, Ordnungsamt und bald auch HilfspolizistInnen setzen die Gefahrenabwehrverordnung durch und sorgen dafür, dass nicht normiertes oder auf Konsum orientiertes Verhalten aus Gießen verschwindet. Die Mall wäre sogar ein komplett privatisierter Raum, in dem außer Kaufen nicht viel erlaubt sein wird ... weder gemütliches Rumlungern, Musikhören, Picknicken, Schlafen oder Tanzen. Beispiele aus anderen Städten zeigen deutlich, wohin diese Entwicklung führt: In Frankfurt prägen z.B. gleich mehrere Sicherheitsdienste das Bild der unterirdischen, privatisierten Konsummeilen ("B Ebenen") kein Platz für Junkies, Obdachlose und andere, die nicht konsumieren wollen oder können. Statt neuer Verordnungen und Projekten, die weitere Flächen der Öffentlichkeit entziehen wäre es daher an der Zeit, um grundsätzlich andere Wege einzuschlagen: Die Freigabe aller Parks, Grünflächen, Plätze, Häuser und Wände an die Menschen bzw. die bewusste Aneignung und Eroberung sozialen Raums.

Politik "von oben" stoppen

Die Einzelkritiken sind zwar nicht unwichtig, entscheidend ist aber weniger das konkrete Projekt, sondern dessen Rahmenbedingungen auch bei einem Öko Supermarkt oder Schwimmbad würden die AnwohnerInnen nicht gefragt oder gar mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet. Das Problem liegt ja bereits darin, dass Projekte gegen den Willen der dort lebenden Menschen durchgesetzt werden können. Auch wenn es mal gute Ergebnisse gibt, bleibt das immer eine Politik "von oben", die über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet. Wenn sich ein Investor mit den Menschen vor Ort einigen müsste (und nicht einen Deal mit der Stadtregierung machen kann!) würden die wenigsten Projekte dieser Art umgesetzt. Erfolgs-Chancen hätten nur Projekte, die eine hohe Akzeptanz bei den Betroffenen haben und weitgehende Mitbestimmung ermöglichen würden. Um genau so eine Situation herzustellen bedarf es des konsequenten Abbaus aller Herrschaftsstrukturen und Privilegien, die Gleichberechtigung verhindern.

Politik "von unten" entsteht nicht von selbst, sondern durch den Aufbau von selbstbestimmten Bürgerinitiativen, Basisgruppen und sonstiger Zusammenschlüsse, die sich unabhängig, aktiv und widerständig in öffentliche Debatten einmischen. Projekte umsetzen oder mit direkten Aktionen selber Raum für solche Debatten erzeugen. Dazu gehört auch Druck auf die jeweils Herrschenden (was etwas anderes als Appelle an die Mächtigen ist) zu machen ... ob Haumann, Güllie, Merz oder wer auch immer!

Spendenbitte: Leider hat das UtopieCamp wegen der Gerichtsprozesse mit minus 150 Euro abgeschlossen. Wer helfen will, kann auf das Konto "Förderverein", Nr. 364207 bei der Volksbank Giessen (BLZ 51390000) tun.